

## Deutsche Wirtschaft:

### Die Wirtschaft der Bundesrepublik im Sommer 1970

Prof. *Karl Schiller* hat sich durchgesetzt. Anfang Juli beschloß das Bundeskabinett ein vom Bundeswirtschaftsminister vorgelegtes Programm zur Konjunkturstabilisierung, und das aus den Ferien zurückgerufene Parlament verabschiedete in Sondersitzungen ein hierzu erforderliches Steuergesetz. Ob der Erfolg Schillers indessen von Dauer und ob er für die Bundesregierung sowie für die weitere wirtschaftliche Entwicklung von Vorteil sein wird, ist allerdings zweifelhaft. Die beiden wichtigsten Maßnahmen des neuen Konjunkturprogramms sind eine zeitweilige Aussetzung der degressiven Abschreibung und die Einführung eines befristeten Konjunkturzuschlages zur Einkommen- und Körperschaftsteuer.

Maschinen und andere Produktionsanlagen, die in der Zeit vom 6. Juli 1970 bis zum 31. Januar 1971 gekauft oder bestellt werden, dürfen nicht nach der Methode der *degressiven Abschreibung*, sondern nur linear abgeschrieben werden; gleiches gilt für Wirtschaftsgebäude, für die in dem genannten Zeitraum die Baugenehmigung beantragt wird. Die Wirkung dieser Bestimmung wird an folgendem Beispiel anschaulich: Eine Maschine im Werte von 100 000 DM und mit einer Nutzungsdauer von zehn Jahren kann nach der degressiven Abschreibungsmethode im Jahr der Anschaffung mit 20 vH des Anschaffungswertes und in den folgenden Jahren mit jeweils 20 vH des restlichen Buchwertes abgeschrieben werden. Im ersten Jahr macht also der die Steuer mindernde Abschreibungsbetrag 20 000 DM und im zweiten Jahr (20 vH von 80 000 DM =) 16 000 DM aus. Bei der linearen Methode können in beiden Jahren jeweils nur 10 vH = 10 000 DM als Betriebsausgabe abgesetzt werden. Bei einem Satz von 53 vH braucht das Unternehmen im ersten Jahr demnach im Vergleich zur linearen Methode 5300 DM weniger an Körperschaftsteuer zu zahlen, wenn es degressiv abschreiben kann. Die befristete Aussetzung der degressiven Abschreibung wird sicherlich viele Unternehmen veranlassen, ihre Investitionspläne und -absichten zu überprüfen. Die Bundesregierung nimmt an, daß Investitionen im Umfang von 3 bis 4 Md. DM zeitlich verschoben werden.

#### *Rückzahlbare Steuerzuschläge*

In der Zeit vom 1. August 1970 bis zum 30. Juni 1971 wird auf die Lohnsteuer sowie auf die Vorauszahlungen zur veranlagten Einkommen- und Körperschaftsteuer ein Kon-

junkturzuschlag in Höhe von 10 vH des Steuerbetrages erhoben. Ausgenommen von der Zahlung des Zuschlages sind jedoch alle Steuerzahler, deren monatliche Steuerbeträge 100 DM und weniger ausmachen. Die Zuschläge werden bei der Bundesbank stillgelegt und zum konjunkturpolitisch frühest möglichen Zeitpunkt, spätestens jedoch bis zum 31. März 1973, den Steuerzahlern zurück-erstattet. Der DGB rechnet damit, daß etwa zehn Millionen Arbeitnehmer — von rund 22 Millionen — den Zuschlag zahlen müssen. Wie das Bundeswirtschaftsministerium mitteilte, wird durch die Erhebung des Zuschlages vom August 1970 bis zum Juni 1971 Kaufkraft im Umfang von 5,2 Md. DM aus dem Markt genommen, davon allein 2,7 Md. D-Mark über den Zuschlag zur Lohnsteuer. Als eine weitere Maßnahme des Konjunkturprogramms wird das *Steueränderungsgesetz 1970* erneut verschoben, diesmal bis zu einem „konjunkturpolitisch geeigneten Zeitpunkt“. Auch hiervon sind die Arbeitnehmer betroffen, denn das Gesetz sieht die in der Regierungserklärung bereits für den 1. Januar 1970 versprochene Verdoppelung des Arbeitnehmerfreibetrages auf 480 DM vor, allerdings auch die stufenweise Beseitigung der Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer. Nuncmehr soll die Ergänzungsabgabe für Spitzenverdiener wenigstens noch bis Ende 1976 weitertreten, um „den anderweitig nicht zu deckenden Bedarf des Bundes für Bildungsausgaben zu decken“.

#### *DGB lehnt Steuerzuschlag ab*

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat den zehnprozentigen Zuschlag zur Lohnsteuer abgelehnt. „Eine solche Maßnahme, von der keine preisdämpfende Wirkung zu erwarten ist, würde eine zusätzliche Belastung der davon betroffenen Arbeitnehmer darstellen, die sozial unzumutbar und konjunkturpolitisch nicht gerechtfertigt ist“, heißt es in einer Stellungnahme des DGB-Bundesvorstandes vom 7. Juli 1970.

Die Bundesregierung hat ihr Konjunkturprogramm als sozial abgewogen bezeichnet, weil sowohl die Unternehmer als auch die Arbeitnehmer betroffen werden. Der Bundeswirtschaftsminister meinte sogar, daß Unternehmer und Arbeitnehmer „sozialsymmetrisch“ an der Konjunkturdämpfung beteiligt seien. Hierbei werden die Vorleistungen der Arbeitnehmer völlig ignoriert:

„Der DGB betrachtet es bereits als Vorleistung der Arbeitnehmer, daß die zum 1. Januar 1970 versprochene Verdoppelung des Arbeitnehmer-Freibetrages verschoben wurde. Es widerspricht zugleich dem Gedanken der sozialen Symmetrie, daß infolge der Steuerprogression die steuerliche Belastung der Ar-

beitnehmer in letzter Zeit wesentlich stärker gestiegen ist als die Steuerlast der Selbständigen." (Aus der DGB-Erklärung.)

In der Konjunkturdiskussion ist leider folgender Sachverhalt unbeachtet geblieben: Unser Steuersystem wirkt automatisch konjunkturstabilisierend. Bereits ohne Steuerzuschläge nehmen die Steuereinnahmen infolge der Steuerprogression in Zeiten der Hochkonjunktur stärker zu als Sozialprodukt und Volkseinkommen. Die Steuermehreinnahmen müssen dann freilich stillgelegt werden. Im ersten Halbjahr ist dies auch in einer Konjunkturausgleichsrücklage, in die Bund und Länder zusammen 2,5 Md. DM bei der Bundesbank einzahlten, geschehen. Das Bemerkenswerte ist dabei, daß seit längerem die Arbeitnehmer allein die Belastung dieser automatischen, konjunkturdämpfend wirkenden Kaufkraftabschöpfung tragen. Allein in den ersten fünf Monaten dieses Jahres nahmen die Einnahmen aus der Lohnsteuer hauptsächlich infolge der besonders scharfen Lohnsteuerprogression gegenüber dem gleichen Vorjahrszeitraum um 2,5 Md. DM oder 26 vH zu. Die veranlagte Einkommensteuer brachte demgegenüber trotz anhaltender Gewinnsteigerung um fast 10 vH weniger ein als vor einem Jahr, die Körperschaftsteuer um 11 vH weniger. Wäre das Lohnsteuereinkommen nur parallel mit der Lohn- und Gehaltssumme gewachsen, dann hätte der Staat in den ersten fünf Monaten um rund 1 Md. DM weniger eingenommen. Im ganzen Jahr 1970 wird das über den Zuwachs der Bruttolöhne und -gehälter hinausgehende Mehraufkommen an Lohnsteuer sogar etwa 3,5 Md. DM betragen; diese Schätzung beruht auf den offiziellen Prognosen.

#### *Konjunkturdämpfung nicht sicher*

Diese Vorleistungen sind es hauptsächlich, weshalb der DGB die Zuschläge auf die Lohnsteuer, auch wenn sie zurückgezahlt werden, als „sozial unzumutbar“ bezeichnet. Aber der DGB hält sie auch für „konjunkturpolitisch nicht gerechtfertigt“. Bevor wir hierauf aber näher eingehen, sei vorweg die Frage gestellt, ob die erwünschte konjunkturpolitische Wirkung überhaupt eintreten wird. Wer z. B. 150 DM im Monat an Lohnsteuer zu zahlen hat, findet ab 1. August 15 DM weniger in seiner Lohn- und Gehaltstüte oder auf seinem Konto vor. Insoweit wird seine Kaufkraft eingeschränkt. Dies wirkt der Tendenz nach preisdämpfend. Aber es könnte auch sein, daß der betroffene Steuerzahler nunmehr 15 DM weniger als sonst spart; dann würde seine Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen unverändert bleiben. Mit dieser Gegenwirkung ist wahrscheinlich in beachtlichem Umfang zu rechnen.

Was die befristete Aussetzung der degressiven Abschreibung anbelangt, so wird auch

hier die Wirkung nicht so stark sein, wie sie wohl erwartet wird. Da mit dieser Maßnahme am ehesten zu rechnen war, dürften insbesondere große Unternehmen Aufträge, die sie auf Grund ihrer Investitionspläne sonst erst im zweiten Halbjahr erteilt hätten, bereits in der ersten Jahreshälfte vergeben haben. Insofern ist die Auftragseingangsstatistik der letzten Monate sicherlich etwas überhöht.

#### *Konjunkturwende liegt bereits hinter uns*

Dieser wichtigste Indikator für die *künftige* Konjunktorentwicklung zeigt dessen ungeachtet seit Monaten einen Nachfragerückgang an. Das größte deutsche Wirtschaftsforschungsinstitut, das Ifo-Institut in München, spricht sogar von einer seit dem Spätsommer 1969 konjunkturell stagnierenden Nachfrage. Auch wenn man sich diese umstrittene Feststellung nicht zu eigen macht, so läßt sich doch eindeutig aus den Daten über die Auftragseingänge herauslesen, daß die Konjunktur „gekippt“ ist. Wir haben den konjunkturellen Wendepunkt hinter uns.

„Gemessen am saisonbereinigten Auftragseingang in der Industrie verzeichnete die Nachfrage von Januar bis April nur eine minimale Zunahme, die — wie im Vorquartal — von einer konjunkturellen Stagnation nur wenig entfernt war“, hat das Bundeswirtschaftsministerium in seinem Vierteljahresbericht 11/70 zur Wirtschaftslage festgestellt. „Der *inländische* Auftragseingang näherte sich der Stagnationszone, nachdem er im dritten und vierten Quartal des Vorjahres noch eine deutliche konjunkturelle Expansion gezeigt hatte.“

#### *Starke Nachfrageabschwächung*

Das Zahlenbild der Auftragseingänge sieht folgendermaßen aus: Einschließlich des Monats Mai lag der gleitende Dreimonatsdurchschnitt der Auftragseingänge der Industrie um 6,1 vH über dem gleichen Vorjahrszeitraum<sup>1)</sup>. Bei den Inlandsaufträgen betrug die Zuwachsrate 8,4 vH, während die Auslandsaufträge um 0,9 vH gesunken sind. Für die konjunkturpolitische Beurteilung ist zu berücksichtigen, daß es sich um nominale Werte handelt, die den hohen Preisanstieg enthalten; im April waren die industriellen Erzeugerpreise um 6,4 vH höher als ein Jahr zuvor. Real ist demnach auch die Inlandsnachfrage nur noch geringfügig angestiegen. Der Boom der Auslandsnachfrage ist ohnehin seit der Aufwertung gebrochen.

Allerdings gab es zwischen den Hauptgruppen der Industrie beachtliche Unterschiede

1) Dieser Teil des Aufsatzes wurde am 12. Juli 1970 abgeschlossen. Bis dahin lagen Angaben über den Auftragseingang und die Produktion in der Industrie erst bis zum Monat Mai vor.

in der Auftragsentwicklung. Die Bestellungen, die die Grundstoffindustrie verbuchen konnten, nahmen im gleitenden Dreimonatsdurchschnitt (einschließlich Mai) um 8,5 vH zu. Die höchste Zuwachsrate verzeichnete mit 11,6 vH die Investitionsgüterindustrie. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Preise für Investitionsgüter seit Jahresfrist um etwa 10 vH gestiegen sind. Die Investitionskonjunktur geht jedenfalls zu Ende. Dafür spricht ebenfalls die beträchtliche Abschwächung der Bestelleingänge im Maschinenbau und in der Elektroindustrie, den beiden bedeutendsten Zweigen der Investitionsgüterindustrie. Die preisbereinigten Auftragseingänge des Maschinenbaus lagen im 1. Vierteljahr 1970 um 2 vH, im April um 4 vH und im Mai um 14 vH unter den entsprechenden Vorjahrs-werten.

### *Kein Konsumboom*

Schließlich kann auch von einem Verbrauchsboom keine Rede sein. Die Auftragseingänge der Verbrauchsgüterindustrien waren — wieder im gleitenden Dreimonatsdurchschnitt — nur um 2,8 vH höher als vor Jahresfrist; da die Preise der Verbrauchsgüterindustrie um knapp 5 vH stiegen, ergibt sich daraus sogar ein Rückgang des Auftragsvolumens. Der Einzelhandel verkaufte in den ersten fünf Monaten dieses Jahres 11 vH und preisbereinigt 7 vH mehr als vor einem Jahr. Die Nachfrage der Verbraucher hat sich bisher völlig im Rahmen des Wirtschaftsberichts der Bundesregierung gehalten, und auch im zweiten Halbjahr wird sie voraussichtlich nicht zu einer Oberbelastung der Kapazitäten führen. Eine Zuwachsrate des privaten Verbrauchs von real etwa 7 vH wurde in der Sitzung der konzertierten Aktion vom 12. Januar 1970 von Gewerkschaften, Unternehmerverbänden und dem Bundeswirtschaftsministerium übereinstimmend als „möglich und vertretbar“ angesehen. Vor allem deshalb erfordert die gegenwärtige Konjunkturentwicklung nach Auffassung des DGB keine zusätzliche Abschöpfung der Massenkauftkraft, wie es mit den Steuerzuschlägen beabsichtigt ist.

Freilich besteht noch kein Anlaß zu einer pessimistischen Vorausschau. Die gute Konjunktur wird wenigstens noch das ganze zweite Halbjahr über andauern. Dafür garantieren schon die extrem hohen Auftragsbestände, die erst jetzt allmählich abgebaut werden. Das Bundeswirtschaftsministerium schätzte, daß die Auftragspolster der Industrie im Mai einer Produktionsdauer von rund 4,2 Monaten entsprachen. In der Investitionsgüterindustrie sicherten allein die Auftragsbestände eine Produktionsdauer von 5,7 Monaten — gegenüber 4,7 Monaten ein Jahr zuvor —, im Maschinenbau sogar von 7,8 Monaten (5,6 vor Jahresfrist).

### *Industrieproduktion stieg um 10 vH*

Die hohen Auftragsbestände sowie die zwar nachlassenden, aber doch noch immer sehr großen Auftragseingänge spornten die Industrie weiterhin zu hohen Leistungen an. Sie zeigt eine erstaunliche Elastizität und Anpassungsfähigkeit, die den konjunkturellen Spannungen spürbar entgegenwirkt. In den ersten fünf Monaten 1970 nahm die Industrieproduktion gegenüber dem gleichen Vorjahrszeitraum um rund 10 vH zu (saisonbereinigt).

Die Produktionskapazitäten der Industrie waren voll ausgelastet. Dem entsprach ein ausgelagerter Arbeitsmarkt. Zur Jahresmitte, Ende Juni, gab es nur noch 94 800 Arbeitslose, 16 000 weniger als ein Jahr zuvor. Die Arbeitslosenquote betrug 0,4 vH. Zugleich wurde mit 891 700 offenen Stellen ein neuer Höchststand registriert. Ein neuer Rekord war mit 1,84 Millionen auch die Zahl der Ende Juni im Bundesgebiet beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer. Das waren 467 000 mehr als vor Jahresfrist.

Daß die Bundesregierung ihre ursprüngliche Absicht, neben der D-Mark-Aufwertung und den finanzpolitischen Beschränkungen keine weiteren Konjunkturmaßnahmen zu ergreifen, fallen ließ, ist wesentlich auf das Drängen der Bundesbank zurückzuführen. Für die Bundesbank ist neben dem leergefegten Arbeitsmarkt und der extrem hohen Kapazitätsauslastung die Preisentwicklung der entscheidende Indikator. Alle drei erfordern nach ihrer Ansicht weitere Dämpfungsmaßnahmen. Tatsächlich spiegeln sie aber nur wider, daß die Nachfrage nicht zur rechten Zeit — das war Ende 1968 und im ersten Halbjahr 1969 — eingeschränkt wurde; sie sind das Ergebnis von konjunkturpolitischen Unterlassungen. Über die künftige Entwicklung, die durch die nunmehr ergriffenen Maßnahmen beeinflusst wird, sagen sie überhaupt nichts aus.

„Seit 1950 hat die Konjunkturpolitik immer wieder ‚übersteuert‘, nicht zuletzt deshalb, weil sie sich an den falschen Indikatoren orientiert hat. Weder Preis- noch Arbeitsmarktstatistiken sind geeignete Indikatoren. Richtet man sich nach ihnen, wird man immer zu spät reagieren.“ Diese Ansicht vertrat Prof. *Claus Köhler*, Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, in einem Interview mit dem *Industriekurier* (vom 23. 6. 1970); ihm kann voll zugestimmt werden.

### *Wann muß gebremst werden?*

Nach § 26 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft ist Voraussetzung für steuerliche Maßnahmen der Konjunkturpolitik im Falle der Hochkonjunktur, „daß eine Störung des gesamtwirt-

schaftlichen Gleichgewichts eingetreten ist oder sich abzeichnet, die erhebliche Preissteigerungen mit sich gebracht hat oder erwarten läßt, insbesondere wenn die Nachfrage nach Investitionsgütern und Bauleistungen oder Verbrauchsgütern das Angebot wesentlich übersteigt." Unter Bezug auf diese Formulierung ist von den Befürwortern der jüngsten Konjunkturmaßnahmen gefragt worden, wann denn überhaupt das Gesetz angewendet werden solle, wenn nicht in der gegenwärtigen Konjunkturlage.

Die Antwort hierauf ist, daß der richtige Zeitpunkt für die Anwendung des Gesetzes verpaßt würde; jetzt ist es dafür zu spät. Mit den Worten Prof. Claus Köhlers:

„Preisstabilität sichern kann nur bedeuten, rechtzeitig, wenn die Nachfrage das mögliche Potential zu überschreiten droht, einzugreifen, um die Nachfragezunahme zu begrenzen. Unterbleibt das, so kann man die daraus resultierenden Preissteigerungen eigentlich nur bekämpfen, reversibel ist diese Entwicklung nicht.“<sup>2)</sup>

Für die Konjunkturpolitik sollten in erster Linie Indikatoren maßgebend sein, die Aussagen über die *künftige* Entwicklung ermöglichen. Das ist vor allem die Auftragsstatistik, die bereits eine beträchtliche Nachfrageabschwächung anzeigt, und das ist z. B. auch die Entwicklung der Vorratslager. Die Unternehmer bemühen sich zur Zeit, ihre Warenvorräte möglichst klein zu halten und höhere Bestände abzubauen.

Der Preisanstieg schwächt sich übrigens seit einiger Zeit ab, wenn auch langsamer als erwünscht. Nach den Untersuchungen des Ifo-Instituts, das die Preisentwicklung, saisonbereinigt, von Monat zu Monat beobachtet, hat die Preiswelle bereits Anfang 1970 ihren Höhepunkt erreicht; eine neue Preiswelle sei auch nicht zu erwarten. Der Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung eines vierköpfigen Arbeitnehmerhaushaltes war im März 1970 — mit 3,7 vH gegenüber März 1969 — am größten gewesen; im Mai betrug die Zuwachsrate 3,5 vH.

#### *Hoher Reallohn-Zuwachs*

Dieser Preisanstieg darf nicht beschönigt werden. Aber man sollte ihn ebensowenig dramatisieren. Man muß ihn im Verhältnis zur Preisentwicklung in früheren Jahren und im Vergleich zum Ausland sehen, und man muß seine Ursachen untersuchen. Schließlich sollte auch nicht übersehen werden, daß trotz der Preissteigerungen in diesem Jahr das Pro-Kopf-Einkommen der Arbeitnehmer in seiner Kaufkraft — das heißt *real* — um durchschnittlich etwa 8 vH höher sein wird als 1969.

2) Claus Köhler: Kreditpolitische Restriktionen in der Spätphase der Konjunktur, WWI-Mitteilungen, Heft 6/1970, S. 179, speziell S. 180.

Eine Zuwachsrate in dieser Höhe hat es in den letzten beiden Jahrzehnten nur zweimal — 1951 und 1961 — gegeben. Für die Arbeitnehmer wird sich in diesem Jahr eine gute Bilanz aufmachen lassen. Sie haben gar keine Veranlassung, sich von öffentlichen Meinungsmachern, voran die *Bild-Zeitung* und die übrige Springerpresse, in eine Katastrophensituation hineintreiben zu lassen.

Leider beteiligt sich auch die CDU/CSU an einem verantwortungslosen Spiel mit der Inflationsfurcht des Volkes. So, wenn der CDU-Vorsitzende *Kiesinger* von der „Schwindsucht der D-Mark“, seitdem die SPD in Bonn regiere, spricht. Das ist pure Heuchelei und eine Spekulation auf die Vergeßlichkeit und Dummheit, d. h. auf die politische Unreife der Bürger. Denn *Kiesinger* und *Strauß* haben im Mai 1969, als der richtige Zeitpunkt war, die Aufwertung der D-Mark, durch die der damalige Exportboom gebrochen worden wäre, verhindert. Bereits vor einem Jahr hatte Wirtschaftsminister Prof. Schiller außerdem vorgeschlagen, zur Dämpfung der damals stark expandierenden Investitionstätigkeit die degressive Abschreibung befristet auszusetzen. Auch dies wurde von CDU/CSU-Ministern, die im Kabinett der großen Koalition die Mehrheit hatten, abgelehnt. Sie glaubten dadurch Schillers Ansehen in der Öffentlichkeit beeinträchtigen zu können und erwarteten, daß sich das bei der Bundestagswahl für sie auszahlen würde. Auch in der Opposition ist das Verhalten der CDU/CSU unseriös. Sie haben kein Programm anzubieten, das eine Alternative darstellen würde. Es genügt nicht, die Regierung zu noch mehr Sparsamkeit im Bundeshaushalt aufzufordern, zugleich aber Vorschläge zu machen, die zu höheren Ausgaben führen würden oder der Regierung vorzuwerfen, sie vernachlässige die Sicherheit der Bundesrepublik, weil sie im Verteidigungshaushalt wegen der Konjunkturdämpfung 1 Md. DM gesperrt hatte.

Der Bundesregierung ist allerdings der Vorwurf zu machen, daß sie sich von der Schwarzmalerei und ihrer Auswirkung auf die Bevölkerung beeinflussen ließ. Sie hätte das Volk von der Richtigkeit ihres konjunkturpolitischen Kurses überzeugen müssen. Statt dessen wurde sie nervös und trug so selbst zu einer „gewissen Verunsicherung“ in der Bevölkerung bei, bis sie schließlich ihren bisherigen Kurs überhaupt aufgab. Es ist irrig, anzunehmen, daß das Tätigwerden allein schon Vertrauen schafft, zumal, wenn es sich dabei um eine Kehrtwendung handelt, die mit erheblichen Risiken behaftet ist.

#### *Über Grenzen der Stabilitätspolitik aufklären*

Vor allem ist es erforderlich, das Volk über die Grenzen einer Stabilitätspolitik auf-

zuklären. Nur in den Reden von Demagogen und in den Hirnen von Träumern gibt es Hochkonjunktoren ohne steigende Preise und überhaupt eine absolute Preisstabilität. In der harten Wirklichkeit stiegen die Verbraucherpreise z. B. während des letzten Booms — der nicht so kräftig war wie der gegenwärtige — um 4,2 vH im 1. Halbjahr 1966 gegenüber dem 1. Halbjahr 1965. Das war zu *Erhards* Zeiten. Im Durchschnitt der Jahre 1950 bis 1969 erhöhte sich der Preisindex für die Lebenshaltung jährlich um 2,2 vH. Nimmt man die vier Jahre 1967 bis 1970 — den Zeitraum des gegenwärtigen Konjunkturzyklus —, dann kommt man auf eine durchschnittliche Steigerung von 2,4 vH je Jahr<sup>3)</sup>, also kaum eine Abweichung vom bisherigen langfristigen Trend. Vor einem Jahr kommentierte der damalige Finanzminister Franz Josef Strauß vor Bonner Wirtschaftsjournalisten die Voraussage eines Preisanstiegs von 2,7 bis 3,7 vH im 2. Halbjahr 1969 mit den Worten, dies berechtige nicht zu „dummer Panikmache“<sup>4)</sup>. Hieran sollte man heute den Oppositions-sprecher Strauß und seine Parteifreunde erinnern.

Im internationalen Vergleich nehmen sich die Preissteigerungen in der Bundesrepublik immer noch günstig aus. In den düsteren Kommentaren zur Preisentwicklung wird das Gefälle zwischen dem Preisanstieg im Ausland und bei uns meist verschwiegen. Die Bundesrepublik hat indessen freien Außenhandel, sie ist mit hohen Export- und Importquoten voll in die Weltwirtschaft eingebunden. Infolgedessen können Preissteigerungen im Ausland nicht ohne Einfluß auf die Bundesrepublik sein. Verglichen mit den wichtigsten westlichen Industriestaaten steht die Bundesrepublik aber fast am Ende der Preisskala — nicht zuletzt wegen der Aufwertung. Im 1. Vierteljahr 1970 waren z. B. die

Preise für die Lebenshaltung in der Bundesrepublik um 3,5 vH höher als ein Jahr zuvor, in Japan aber um 8,2 vH, in den USA um 6,2 vH, in Schweden um 5,9 vH, in Frankreich um 5,7 vH, in Großbritannien um 5 vH und in Italien um 4,8 vH. Dieser Vergleich zeigt, daß der Preisanstieg bei uns zwar ernst zu nehmen, aber keinesfalls alarmierend ist.

### *Gegensätze in der Konzentrierten Aktion*

Die gegensätzliche Beurteilung der neuen Konjunkturprogramme durch Bundesregierung sowie Bundesbank einerseits und die Gewerkschaften, aber auch die Unternehmerverbände andererseits kam in der Sitzung der Konzentrierten Aktion am 17. Juli offen und deutlich zur Sprache. In einem ausführlichen Kommuniqué über die Sitzung wurden die unterschiedlichen Auffassungen zu Protokoll gegeben. So heißt es unter anderem:

„Die Gewerkschaftsvertreter erklärten, daß sie unabhängig von ihren Vorbehalten gegenüber der Lohnsteuervorauszahlung auch ihre künftige Tarifpolitik an den gesamtwirtschaftlichen Zielen — Vollbeschäftigung, Preisstabilität, stetiges Wachstum — an den verteilungspolitischen Notwendigkeiten und an dem preispolitischen Verhalten der Unternehmer orientieren werden.

Die Vertreter der Unternehmer pflichteten — ungeachtet ihrer großen Bedenken gegen die Aussetzung der degressiven Abschreibung — der Auffassung der Bundesregierung und der Bundesbank bei, daß das Ziel einer Stabilisierung ohne Stagnation nicht allein durch Maßnahmen der Bundesregierung und der Bundesbank erreicht werden kann, sondern durch ein entsprechendes lohn- und preispolitisches Verhalten der Gewerkschaften und Unternehmer unterstützt werden muß.“

Das nächste Gespräch im Rahmen der Konzentrierten Aktion ist für den 9. Oktober vorgesehen.

*Günter Fehl*

3) Für das Jahr 1970 wurde eine Erhöhung um 3,8 vH angenommen.

4) Der Volkswirt vom 15. 8. 1969, S. 17.